

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 2655/2018

Abteilung: Umwelt und Forsten

Bearbeiter/in: Kruska, Maria-Theresia
Gehrlein, Sandra

Haushaltswirksamkeit:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, bei	Produkt:
Investitionskosten:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:
Drittmittel:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:
Folgekosten/laufender Unterhalt:	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Betrag:

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Umweltausschuss	19.09.2018	öffentlich	Beschlussfassung

Betreff: Glyphosat; Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 15.01.2018

(Referenz-Vorlage 2448/2018)

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich des beantragten Glyphosat-Verbots auf städtischen Landwirtschaftsflächen Gespräche mit dem örtlichen Vorsitzenden des Fuhr- und Ackerbauvereins aufzunehmen. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob sich die Stadt Speyer der Kampagne des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) zu „Pestizidfreien Kommunen“ anschließt.

Begründung:

Die Landwirtschaftsflächen im Eigentum der Stadt und der Bürgerhospitalstiftung werden an insgesamt 70 verschiedene Landwirte verpachtet. Daher wird vorgeschlagen, zunächst mit dem örtlichen Vertreter der Landwirtschaft, dem Vorsitzenden des Fuhr- und Ackerbauvereins, die Gespräche zu einem möglichen Glyphosat-Verbot aufzunehmen.

Neben den potentiellen gesundheitlichen Auswirkungen von Glyphosat, die in den vergangenen Monaten in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurden, stellen die negativen Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln (Pestizide) auf den Biotop- und Artenschutz generell ein bedeutsames Problem dar. Die Kampagne des BUND zu „Pestizidfreien Kommunen“ zeigt einen Weg auf, ab sofort bzw. schrittweise auf allen kommunalen Flächen (einschl. Landwirtschaftsflächen) keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel mehr einzusetzen.

Die Stadt Speyer ist Ende 2017 dem Bündnis Kommunen für Biologische Vielfalt beigetreten. In diesem Rahmen könnten ebenfalls Möglichkeiten zur weiteren Umsetzung geprüft werden, beispielsweise Fördermöglichkeiten zum Insektenschutz in der Agrarlandschaft.

Anlagen:

- Antragsschreiben vom 15.01.2018
- Niederschrift Stadtrat vom 1.02.2018
- Info-Blatt des Bundesinstituts für Risikobewertung
- Broschüre „Pestizidfreie Kommunen“ des BUND
- Beschlussvorlage des BUND
- „Fragen und Antworten“ des BUND